

WELTPROBLEME IM SPIEGEL DER ZEITSCHRIFT

Schumanplan Da der Schumanplan eine weltweite Diskussion in den Zeitschriften aller Richtungen gefunden hat, erscheint er heute nur noch in Spezialuntersuchungen oder in Aufsätzen, die ihn in einen noch weiteren Zusammenhang stellen. Am vielseitigsten wurde der Plan in fortlaufender Aussprache von der französischen Monatsschrift *Fédération* behandelt, die, ihrem Namen entsprechend, für einen europäischen Föderalismus kämpft, aber auch föderalistische Auflockerung des französischen Zentralismus bewirken will. Der letzte Beitrag in dieser Serie von *Claude Harmel* (Heft 83) war leider ganz negativ, denn der Verfasser fürchtet, daß der im Plan enthaltene „*Dirigismus*“ jeder planwirtschaftlichen Gewaltsamkeit Vorschub leistet. Der Plan ist ihm in dem Sinn, den man heute dem Wort — unberechtigt — gibt, zu sozialistisch. Man sieht aus diesem Beispiel, daß der Vertragstext viele Möglichkeiten offenläßt, die auszuschöpfen Aufgabe der sozialistischen und gewerkschaftlichen Vertreter sein wird.

Die Stellung der Arbeiter im Schumanplan wird von *Jacqueline Taratte* in einer allen Vertragsbestimmungen nachforschenden Studie in der von *Hans Wehberg* herausgegebenen *Friedenswarte* (2) untersucht. Zwei Hauptprobleme treten hervor: die Beschäftigung und die Hebung der Lebensverhältnisse. Zahlreiche Bestimmungen betreffen die Gefahr und die Folgen der Arbeitslosigkeit. Neue Probleme ergeben sich aus der Verlegung der Industrien, der Übersiedlung von Arbeitern in Gebiete oder Länder, in die sie nicht gehen, wollen, aus der Wohnungsfrage von FaEe von Standortveränderungen, die um der Produktivität willen wünschenswert sind. Die Stilllegung von Werken, die nicht auf die Höhe der heutigen Produktion gebracht werden, bringt Gefährdungen der Arbeiterschaft mit sich, für die aber zahlreiche Schutzbestimmungen vorgesehen sind. Die Paragraphen, die der Erhaltung der Kaufkraft und ihrer Steigerung dienen, werden von der Autorin verständnisvoll besprochen. Die Möglichkeiten sind gegeben, daß die Arbeiterschaft auf den Produktionsprozeß Einfluß nimmt und die gewerkschaftliche Tätigkeit von allen Einschränkungen durch die Unternehmerorganisationen international befreit wird.

West-Ost-Handel Die Moskauer Internationale Wirtschaftskonferenz fand im April unter günstigen Voraussetzungen statt. Die Furcht vor einer intransigenten Politik Rußlands und der Vereinigten Staaten führte auf dem Kontinent und im Vereinigten Königreich zur Bildung oppositioneller Gruppen, die immer neue Beweise für die Unnachgiebigkeit der einen oder anderen Seite fordern oder liefern. Die Moskauer Tagung sollte aller Welt die Bereitschaft des bolschewistischen Regimes zu einem für beide Seiten nützlichen Tauschhandel vor Augen führen, was ihr im wesentlichen gelungen ist. Während der Bolschewismus sonst vor allem den Sturz der bestehenden Ordnungen propagiert, wendet er sich in diesem Fall an die tausendjährige Tradition des europäischen West-Ost-Handels. Solche geschichtlichen Rückbesinnungen wirken durch sich selbst überzeugend. Das wollte man in Moskau erproben und beweisen, ohne freilich die Positionen aufzugeben, die der Verwirklichung im Wege stehen.

Obwohl der stärkste Widerstand gegen den West-Ost-Handel von Washington ausgeht, hat sich das politische Magazin *United Nations World*, das oft Spürsinn für das Kommende bewies, schon seit Jahr und Tag für die Stärkung der west-östlichen Handelsbeziehungen ausgesprochen. Die Beiträge und Tabellen in den Heften V/7,11 lieferten Zahlen und Argumente, um die Notwendigkeit und die Ungefährlichkeit dieses Handels zu beweisen. *Sir Hartley Shawcross*, Präsident des Board of Trade unter Attlee, erklärte die abweichende Haltung der britischen Regierung gegenüber der amerikanischen mit den nackten Tatsachen der britischen Wirtschaftsstruktur. So wenig Amerika gegen den japanisch-chinesischen Handel einwenden kann, läßt sich der britisch-russische beanstanden: er ist für England eine Notwendigkeit. Ob sich hinter dieser Tendenz nicht auch die politische Absicht verbirgt, der britischen Außenpolitik größere Bewegungsfreiheit zu geben, gehört auf ein anderes Blatt. Man hat den Eindruck, daß in Amerika die *One-World-Tendenz* überwiegt, damit aber auch die Gefahr einer gewaltsamen Überwindung der Weltspaltung, während England an der Spaltung eher interessiert ist, da es kaum wünschen kann, daß der von russischer und amerikanischer Hypothek befreite Kontinent sich in seiner Gesamtheit zusammenschließt. Damit wird das britische Bedürfnis, mit dem Osten Handel zu treiben, nicht in Frage gestellt.

Für England hat auch die Frage der sogenannten *Koexistenz* von Bolschewismus und Kapitalismus (oder Labour-Sozialismus) keine Bedeutung, dazu denkt England zu realistisch. Wurde denn der Warenaustausch des Commonwealth durch den Ansatz zu einer sozialistischen Wirtschaft in England gestört? Aus dem *Europa-Archiv* (10) erfahren wir, daß in dem von Prof. Oskar Lange (Polen) vorgelegten Arbeitsprogramm der friedliche Handel zwischen beiden Systemen, also ihre Koexistenz, von vornherein anerkannt wurde. Wenn sie auch beim nächsten Anlaß wieder durch ein Lenin-Zitat radikal verneint werden kann, so besteht doch für uns kein Grund, dem Bolschewismus auf das Glatteis seiner theoretischen Willkürlichkeiten zu folgen. Konnte Deutschland in der Zwischenkriegszeit seinen Handel mit Rußland bis zu 3/4 Milliarde Goldmark 1931 steigern (siehe: *Historische Zeitschrift* 171, Nr. 3) und Amerika an Rußland während des Krieges Waren im Werte vieler Milliarden liefern, so ist naturgemäß nicht der Unterschied der Produktionsverhältnisse der Grund für den Verfall des West-Ost-Handels, sondern nichts anderes als die Weltpolitik.

Von ihr wurde in Moskau prinzipiell geschwiegen. Man strebte die Erweiterung des Handelsverkehrs parallel zu ihr an. Die geringe Bedeutung des gegenwärtigen, ja sogar eines verdoppelten und verdreifachten Osthandelsvolumens im Vergleich zu den Ziffern des Europahandels zeigen einige Daten. Der gesamte westeuropäische Exporthandel betrug in den ersten zehn Monaten 1950 rund 17 Milliarden Dollar, der Ostexport nur 750 Millionen; der Gesamt-Import 21 Milliarden, der Ostimport nur 895 Millionen. An diesem Verhältnis könnten Ziffern des Reexports und des schwarzen Handels wenig ändern.

Die Konferenz ging politisch von der Tatsache aus, daß eine Autarkie der westlichen und östlichen Welt wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Alexis Schiray nimmt in der *Politique Etrangere* (2) an, daß sie bei der Einberufung der Konferenz eine Rolle spielten. Die Ökonomie des Ostblocks wird durch Wirtschaftspläne bestimmt, die ausnahmslos eine Industrialisierung anstreben, gewaltige Kapitalgüter beanspruchen, die Konsumgüter zurückstellen und auch die Landwirtschaft, wie wir noch sehen werden, stark in Mitleidenschaft zieht. Die uns vertraute Vorstellung des West-Ost-Handels in Gestalt eines Austauschs von Industrieartikeln gegen landwirtschaftliche Produkte gehört bereits der Vergangenheit an. Die Industrialisierung des Ostens ist durch die Fünf- bis Sechs-Jahrespläne kräftig angekurbelt worden und strebt Ergebnisse an, die in tabellarischer Übersicht von der *Zeitschrift Ost-Europa* (3) veröffentlicht werden und ein eindrucksvolles Bild der europäischen Strukturveränderung bieten. Die Möglichkeiten des Handels haben sich damit grundsätzlich gewandelt und die Annahme, daß der Osten nur Industriegüter und strategische Rohstoffe sucht, ist falsch; zumindest geschieht das nicht öffentlich. Nach der *Politique Etrangere* weist Moskau auf die Möglichkeit folgender Exportsteigerungen hin: Für England 90 vH. in Baumwolle, 50 vH. in Wollstoffen; für Frankreich 20 vH. in Medikamenten, 30 vH. in Farben, 54 vH. in Garnen, 36 vH. in Fischkonserven, 9 vH. in Parfümen und Seifen.

Die Reaktion auf die Einladung war verschieden. Am günstigsten wurde sie in England und Frankreich, am ungünstigsten in Amerika und Jugoslawien aufgenommen. In Japan machte sich wieder der Gegensatz zwischen der politischen Linie Tokios und dem Handelsinteresse von Osaka und Kobe bemerkbar. Obwohl Rußland die Entsendung eines Schiffes zum Abholen der Delegation anbot — ein Zeichen, was die Anwesenheit von Japanern Moskau wert war —, sah die Regierung doch von einer Brückierung Washingtons ab. Kluges Eingehen auf die gegebenen Verhältnisse, ohne laute Opposition, mit stillem Beharren auf ferne Ziele, beweist die außenpolitische Reife eines Volkes. Sowohl die britische wie die französische Delegation waren bemerkenswert zusammengesetzt. Die britische wurde vom Nobelpreisträger Lord Boyd-Orr geführt, der die Ergebnisse der Konferenz in einem gekabelten Artikel für die *New-Yorker Nation* (18) als weit über alle Erwartungen hoch bezeichnete. Die englischen Geschäftsleute schlossen mit der Sowjetzone, Rumänien und China interessante Lieferungsverträge ab. Die Abkommen mit Rußland bestehen aus drei Posten von zusammen 10 Millionen Pfund Sterling. Die Gesamtabschlüsse betragen nach beiden Richtungen, nach der Angabe des *Europa-Archivs*, 28 bis 34 Millionen.

Daß in der britischen Delegation Labour stark vertreten war, ist nicht überraschend. Eine noch nicht gebührend gewürdigte „Sensation“ war dagegen in der französischen Delegation die Beteiligung der Gaullisten. Lord Boyd-Orr machte in seinem Bericht für *Nation* besonders auf die gaullistische und radikal-sozialistische Mitwirkung in Moskau aufmerksam. Sollten sich die Radikal-Sozialisten daran erinnern, daß einst Herriot dem Pakt Barthou vorgearbeitet hat? Auch der frühere französische Handelsminister Paul Bastid, lange Jahre Chefredakteur der stock-

konservativen *Aurore*, befand sich in Moskau, gewiß nicht ohne Zustimmung der Gaulies. Wenn die Chancen des Generals zur Alleinherrschaft zunächst dahin sind, so könnte seine Partei in einer Koalitionsregierung noch eine Rolle spielen und dann, um Frankreich unabhängiger von Amerika zu machen, außenpolitisch an Rußland anknüpfen, während innenpolitisch der Bolschewismus als Partei des Auslands unterdrückt werden würde. Daß Moskau solche Kombinationen hinnimmt, ja sogar schätzt, ist bekannt. So konnte denn auch die „gaullistische“ Delegation einige kleine Abschlüsse tätigen und eine Kommission zum Ausbau des französischen Handels mit China gründen.

China ist naturgemäß der Magnet, der den westlichen Handel nach Moskau zog, aber auch ein Argument gegen die Konferenz. Alle englisch-chinesischen Abschlüsse hätten, so telegraphierte der gegenwärtige Präsident des Board of Trade nach Moskau, auch in Hongkong und Schanghai abgeschlossen werden können. Das ist richtig, aber Rußland hätte eine Stichkarte unverwendet gelassen, wenn es nicht dem Westen gezeigt hätte, daß der Handel mit China über Moskau führt, wie ja auch Robert Schuman Deutschland zu verstehen gibt, daß das Tor nach Afrika über Paris zu erreichen ist. Gegenüber der großen russischen und chinesischen Möglichkeit tritt das Interesse an den osteuropäischen Märkten naturgemäß zurück, und gerade bei diesem Anlaß weist das Europa-Archiv auf die enttäuschenden Erfahrungen Österreichs hin, dem die Ostblockstaaten landwirtschaftliche Gegenleistungen schulden, so daß die in Moskau mit österreichischen Vertretern besprochenen Lieferungen nur Schuldzählungen darstellen, zu deren Erfüllung keine Weltkonferenz nötig war, die für Essen, Trinken, Wohnen das russische Budget mit 1 250 000 Dollar belastet. Das politische Ziel ist aber diesen Aufwand wert. Und da der West-Ost-Handel eine unabwendbare Notwendigkeit darstellt, besteht kein Grund, Rußland das Prestige seiner Förderung zu überlassen, statt seine Machthaber wegen der tatsächlichen Unterbindung des kontinentaleuropäischen Handels anzugreifen.

Kurze Chronik Das Problem der Neurosenbehandlung durch die Krankenkasse, das in der Schweiz allmählich positiv gelöst wird, ist in der Zeitschrift für Sozialpolitik, *Soziale Sicherheit* (2, 3, 4, 6), im Anschluß an einen Beitrag von Rudolf Wissel über die Notwendigkeit, Versicherungs- und Versorgungswesen den Erkenntnissen der modernen Medizin und Psychologie anzupassen, zustimmend und ablehnend diskutiert worden. Das große Gebiet der Neurosen, die als soziale Erscheinung besonders in Amerika vielseitig behandelt werden, wird in Zukunft von jeder modernen Sozialgesetzgebung berücksichtigt werden müssen. Hat doch Amerika in jedem Teil der Wehrmacht eigene Stationen zur Neurosenbehandlung eingerichtet. Deutschland besitzt in der Stuttgarter Monatsschrift *Psyche* ein hervorragendes Organ zur Behandlung aller Fragen aus den Gebieten der Tiefenpsychologie und Menschenkunde, in der Forschung und in der Praxis. Die Zeiten, da man Psychoanalyse und Neurosenbehandlung als Sorgen der Bourgeoisie bespöttelte, sind ja längst vorbei. Alle neurotischen Probleme finden sich in jeder Gesellschaftsklasse. Der Zusammenhang dieser Wissenschaft, die bei Freud biologisch-naturwissenschaftlich begann, mit Religion, Philosophie, Literatur, Politik, zwingt den modernen Menschen, ihre Forschungen zu verfolgen. So sei daher zunächst summarisch auf *Psyche* verwiesen; die Analyse einzelner, sozial wichtiger Beiträge wird sich von Fall zu Fall ergeben. — Der britische Rundfunk bietet in seinem weltbekanntesten Dritten Programm seinen Hörern kulturell anspruchsvolle Vorträge. Sie und viele andere Texte werden in der Wochenschrift der BBC *The Listener* abgedruckt, der heute zu den lebendigsten Zeitschriften zählt. — In Frankreich bemüht man sich, die mittelständische Struktur der Wirtschaft zu überwinden. Ihre Zusammensetzung wird von Heinz Abosch in der Zürcher *Roten Revue* (4) analysiert, die Wirtschaft ganz richtig als stagnierender Kapitalismus bezeichnet. Das führt zu einer verminderten Bedeutung Frankreichs in der Welt, doch ist das Bild zum Teil irreführend, weil der Verfasser nicht berücksichtigt, daß das französische Kapital in die Union française geht und dort eine Industrialisierung großen Stils stattfindet. Auch die mannigfaltigen Bemühungen, Frankreich industriell zu rationalisieren, versprechen eine Überwindung dieses Stillstands, die im europäischen Interesse liegt. Der Reallohn des französischen Arbeiters ist seit 1938 gesunken; daher der Erfolg der bolschewistischen Propaganda. Eine sehr gute Analyse der französischen Wirtschaft zur Erklärung der Frage, warum der Arbeiter kommunistisch wählt, veröffentlicht der Schweizer Publizist Herbert Lüthy in *Preuves* (9). Felix Stössinger.